

Geld soll in die Bildung

Die Bündner Regierung soll dafür sorgen, dass mehr Mittel aus der Sprachenförderung des Bundes in den Bildungsbereich fließen. Das fordert der Berufsverband Lehrpersonen Graubünden (Legr). Heute stünden beispielsweise noch nicht genug übersetzte Lehrmittel zur Verfügung, schreibt der Legr in einer Medienmitteilung. Es müssten daher mehr Lehrmittel und Unterrichtsunterlagen ins Romanische und Italienische übersetzt werden. Zum gleichen Schluss kam kürzlich eine Studie. (obe) **KOMMENTAR SEITE 2**

BERICHT SEITE 7

Südasbaltwör, Dürstern
M'ly, 4. 7. 2013

Südoschwiz, Dündau Nitz, 4. 7. 2018

Nach dem Bund macht jetzt auch die Lehrerschaft Druck

Der Kanton soll Mittel aus der Sprachenförderung in den Bildungsbereich verlagern. Das fordern die Bündner Lehrerinnen und Lehrer. Der Kanton Bern handelt bei der Mehrsprachigkeit bereits.

von Olivier Berger

Er hat in Graubünden für einige Unruhe gesorgt: der Bericht «Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und italienischen Sprache und Kultur im Kanton Graubünden». Erarbeitet wurde das Papier vom Zentrum für Demokratie Aarau im Auftrag des Bundes («Südoschwiz» vom 31. Mai). Vor allem über die Mittelverwendung zur Förderung des Romanischen haben die Aargauer Forscher eine klare Vorstellung. «Angesichts der prekären Sprachsituation des Rätoromanischen empfiehlt sich der konzentrierte Einsatz finanzieller Mittel im Bildungssektor», schreiben sie.

Der Legr sieht sich bestätigt

Beim Berufsverband Lehrpersonen Graubünden (Legr) fühlt man sich durch das Papier aus Aarau bestätigt. Deshalb fordert jetzt auch der Legr «eine Verlagerung der Mittel aus der Sprachenförderung des Bundes in den Bildungsbereich», wie es in einer Medienmitteilung heisst. Zudem verlangt der Legr, dass die Regierung den Bericht des Zentrums für Demokratie «genau prüft und im Bildungsbereich gezielt Massnahmen ergreift».

Wo diese Massnahmen vor allem ansetzen sollen, ist für den Legr klar: bei der Übersetzung von Lehrmitteln ins Romanische und Italienische. «In Romanisch- und auch in Italienischbünden stehen den Lehrpersonen noch nicht genügend geeignete und zum Lehrplan 21 kompatible Lehrmittel zur Verfügung», heisst es in der Mitteilung weiter. Oft müssten italienisch- und romanischsprachige Lehrpersonen «die Lehrmittel selbst übersetzen oder die Unterrichtsunterlagen selbst herstellen».

Unbehagen bei der Lehrerschaft

Bei seinen Forderungen stützt sich der Verband nicht nur auf das Papier des Zentrums für Demokratie, wie Legr-Präsidentin und SP-Grossrätin Sandra Locher Benguerel betont. «Eine Befra-



Es besteht Nachholbedarf: Die Bündner Lehrerinnen und Lehrer wünschen sich – wie ein Bericht im Auftrag des Bundes – noch mehr Lehrmittel in Italienisch und Romanisch.

Bild Archiv

gung an unserer Basis hat ergeben, dass die fehlenden Übersetzungen für viele Lehrpersonen ein Dauerthema sind», sagt sie. Schon im vergangenen Jahr hat der Legr die Forderung nach noch mehr Übersetzungen in ein 6-Punkte-Programm zu den Anstellungs- und Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen im Kanton aufgenommen.

«Es ist vonseiten des Kantons einiges passiert, aber leider immer noch nicht genug.»

Sandra Locher Benguerel
Präsidentin Lehrpersonen GR

men. «Insgesamt setzen wir uns als Verband schon seit drei Jahren für mehr übersetzte Lehrmittel ein», betont Locher Benguerel. «Seither ist vonseiten des Kantons einiges passiert, aber leider immer noch nicht genug.»

Auf den Spuren von Bern

Locher Benguerel will der Regierung aber nicht nur als Verbandspräsidentin auf die Finger schauen, wenn es um die Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Aarauer Bericht geht. Bereits in der Auswärtssession des Grossen Rates in Pontresina von Anfang Juni hat sie sich bei der Regierung danach erkundigt, wie diese Umsetzung erfolgen soll. Damals sagte der zuständige Bildungsdirektor Jon Domenic Parolini, er werde eine interdepartementale Arbeitsgruppe einsetzen und deren Erkenntnisse öffentlich machen. «Ich

werde allenfalls in einer späteren Session nachhaken», verspricht Locher Benguerel.

Bereits einen Schritt weiter als Graubünden ist der Kanton Bern. Dort hat die Regierung vergangene Woche mitgeteilt, dass sie insgesamt 25 strategische Massnahmen definiert hat, um die Zweisprachigkeit zu fördern. Um diese weiter zu konkretisieren, stehen in den kommenden drei Jahren laut einer Medienmitteilung zusätzliche Mittel von insgesamt 600 000 Franken zur Verfügung.

Gefördert werden sollen im Kanton Bern unter anderem der schulische Sprachaustausch und der zweisprachige Schulunterricht. Aber auch als Arbeitgeber will der Kanton laut der Mitteilung «die Sprachkompetenzen innerhalb der Kantonsverwaltung verbessern». Auch die Berner Spitäler sollen noch zweisprachiger werden.

Kulturgut dank Google

von **Olivier Berger**
stellvertretender Chefredaktor



Man kann dem Romanischen kaum ent-
rinnen. Zumindest in der Werbung nicht.
Da grüsst jede Firma ihre Kundschaft fröh-
lich mit «Allegra», und die «Capricorns» machen
sich schon fast inflationär als Markenbotschafter
breit (Ausgabe vom 1. Juni). Graubünden ist, man
merkt es, stolz auf seine Dreisprachigkeit. Zumindest
in der Werbung.

Etwas weniger gross ist die Mehrsprachigkeits-
Euphorie, wenn eine Lehrerin in der Mesolcina oder
ein Lehrer in der Surselva ihre Schülerinnen und
Schüler in der jeweiligen Muttersprache unterrichten
möchten. Da bleibt den Lehrpersonen noch all-
zu oft nichts anderes übrig, als das Schulbuch und
die Unterrichtsfolien selber zu übersetzen. Und auch
sonst ist nicht alles Gold, was dreisprachig vor sich
her glänzt. Das hat kürzlich eine Studie ans Tages-
licht gebracht, welche der Bund von einem Forscher-
team des Zentrums für Demokratie in Aarau er-
arbeiten liess. Der Kanton sei, heisst es in dem
Papier, oft zu zögerlich, wenn es darum gehe, die
Dreisprachigkeit konkret zu fördern. Und: Es soll
mehr Geld in die Bildung fliessen und weniger in
zig verzettelte Klein-Kulturprojekte.

Die Bündner Regierung ist gefordert. Sie muss
beweisen, dass sie die Zügel bei der Sprachenförde-
rung in die Hand nimmt. Mehr Lehrmittel in den
beiden Minderheitensprachen – wie sie jetzt auch
der Verband Lehrpersonen Graubünden fordert –
sind dabei ein Anfang. Zu tun gibt es aber noch
mehr. Internetseiten von kantonsnahen Institutio-
nen etwa, welche offenbar per Google auf
Italienisch übersetzt wurden, sind in einem
dreisprachigen Kanton ein Armutszeugnis.

Der Bündner Politik steht eine spannende Debatte
darüber bevor, wie mit dem viel beschworenen
Kulturgut Dreisprachigkeit konkret verfahren wer-
den soll. Auf die Antworten darf man gespannt sein.
In diesem Sinne: «Allegra».

Bericht Seite 7



Kontaktieren Sie unseren Autor:
olivier.berger@somedia.ch

Südschweiz, Dündow Fribg, 4. 7. 2013